Notizen

Zur Wahlrechtsreform.

Aus der Feder einer „an zentraler Stelle der Reichspolitik tätigen Persönlichkeit" bringen die Leipziger Neuesten Nachrichten (Nr. 280) einen Artikel zur Wahlrechtsreform, der ungefähr die Pläne erkennen läßt, die von seiten der jetzigen Reichsregierung zu dieser Frage erwogen werden. Der Artikelschreiber polemisiert zunächst gegen die Verhältniswahl und fordert Wiederherstellung des Einerwahlkreises und des Mehrheitsprinzips (eine Regelung also, der die Minderheiten in den Einzelwahlkreisen, z. B. die Zentrumsanhänger in Sachsen, mundtot machen würde). Weiter wird Heraufsetzung des aktiven und passiven Wahlalters gefordert. Ueber die Durchführbarkeit solcher Vorschläge sagt der Artikel:

„Die Einführung der Mehrheitswahl an Stelle der Verhältniswahl ist nur möglich durch verfassungsänderndes Gesetz (Zweidrittel-Mehrheit) oder durch verfassungsändernden Volksentscheid (Mehrheit der Stimmberechtigten, die etwa 22 Millionen beträgt). Das gleiche gilt für die Heraufsetzung des aktiven Wahlalters von 20 Jahren. Ist die Abänderung der Verfassung nicht zu erreichen, so besteht die Möglichkeit einer weitgehenden Verbesserung unseres Verhältniswahlverfahrens auf dem Wege der einfachen Gesetzgebung, des einfachen Volksentscheides, oder gegebenenfalls durch Verordnung auf Grund des Artikels 48 Abs. 2. Die Durchführung des Verhältnisgrundsatzes könnte auf die einzelnen, wesentlich verkleinerten Wahlkreise beschränkt werden. Reichsliste und Listenverbindung, ferner die Möglichkeit mehrfacher Kandidatur könnten beseitigt werden. Der durch den Artikel 22 der Reichsverfassung vorgeschriebene Grundsatz der Verhältniswahl wäre hierbei immer noch als gewahrt zu erachten. Auch das jetzige Wahlverfahren führt die Verhältniswahl nicht bis zur restlosen Verwertung der Stimmen durch; auf der Reichsliste können auch nach den gegenwärtigen Bestimmungen höchstens so viel Mandate erreicht werden, als bereits in den Wahlkreisen und Wahlkreisverbänden erzielt worden sind; die überschießenden Reststimmen gehen auch jetzt verloren. Eine Verbesserung, die ebenfalls ohne Verfassungsänderung, lediglich durch Abänderung des Reichswahlgesetzes durchgeführt werden könnte, ist die Heraufsetzung des passiven Wahlalters von 25 Jahren, da dieses nicht, wie das aktive Wahlalter in der Verfassung, sondern im Wahlgesetz (§ 4) festgesetzt ist."

Da weder eine verfassungsändernde Mehrheit noch eine Mehrheit bei einem Volksentscheid für die Pläne der Regierung Papen zu haben sein wird, ist zu erwarten, daß man die angedeuteten Möglichkeiten auf dem Wege der einfachen Gesetzgebung anstreben wird. Allerdings erscheint es uns als unwahrscheinlich, daß die Regierung noch vor dieser Wahl einen Versuch solcher Art machen wird.

„Ich schieß' den Hirsch . . ."

Das ist ein Lied, das weit und breit gesungen wird, ohne daß jeder der Sänger daran dächte, in der Tat Hirsche zu schießen. Aber wenn man Reichstagspräsident ist, so mag man wohl Lust bekommen, auch in der Praxis einmal einen Hirsch zu schießen. Also dachte Herr Göring und wandte sich an das preußische Landwirtschaftsministerium, um einen Hirsch in den Staatsforsten zum Abschuß zugewiesen zu erhalten. Wie die Sache aber ausging, darüber berichtet der folgende Brief des preußischen Landtagspräsidenten Kerrl an den Staatssekretär Mussehl, der zur Zeit das preußische Landwirtschaftsministerium verwaltet:

„Zufolge Ihrer freundlichen Anweisung ist meinem Freunde, dem Reichstagspräsidenten Göring, ein Hirsch in der Oberförsterei Neu-Glienicke zugewiesen worden. Herr Göring hat auf telephonische Anfrage festgestellt, daß der Oberförster selbst nur etwa vierzehn Tage brauchte, um einen recht dünnen Hirsch zu schießen. Der zweite Forstbeamte soll noch immer vergeblich auf ein ähnliches Getier warten. Nun ist Herr Göring, der im übrigen gehört hat, daß Herrn Otto Braun in der Rominterer Heide ein Hirsch zugewiesen ist, politisch zu sehr beansprucht, um vierzehn Tage auf Anstand zu sitzen, um dann doch keinen Hirsch zu schießen. Er hat deshalb, und weil er die gewiß nicht unberechtigte Hoffnung hat, daß nächstes Jahr wir selbst die Hirsche in der Schorfheide verteilen werden, darauf verzichtet, von der Zuweisung Gebrauch zu machen, damit nächstes Jahr auch für andere ein Hirsch übrig bleibt."

Daß erwachsene Parlamentarier solche Briefe schreiben, ist auch nur in Deutschland möglich. Es fehlt nur noch, daß die Nationalsozialisten im Preußischen Landtag einen Mißtrauensantrag gegen Herrn Mussehl wegen dieser Affäre einbringen. Im übrigen ist es wirklich besser, daß Herr Göring darauf verzichtet, auf die Jagd zu gehen, er hat in seiner kurzen Amtszeit als Reichstagspräsident schon genug Böcke geschossen. . . .

Leipzig und Umgebung

80 Prozent Urlaubsvergütung.

Leipzig. Der Schlichter für Mitteldeutschland Dr. Hauschild fällte am Donnerstag in der Streitfrage der Urlaubsregelung der bei der Mansfeld A.-G. beschäftigten Arbeiter folgenden Schiedsspruch:

1. Der § 10 des ab 1. Mai 1932 gültigen Tarifvertrages für die Arbeiterschaft der Mansfeld A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Eisleben wird mit Wirkung vom 1. Oktober 1932 mit der Abänderung wieder in Kraft gesetzt, daß die Urlaubsvergütung nur 80 Prozent des nach Ziffer 4 zu zahlenden Betrages beträgt. 2. Dieses Abkommen kann mit einmonatiger Frist zum Monatsschluß, erstmalig zum 30. September 1933, gekündigt werden. — Die Erklärungsfrist läuft am 13. Oktober 1932 ab.

) **Gastspiel der Städtischen Theater in den Leunawerken Merseburg.** Der Bildungsausschuß der Leunawerke hat als Anrechtsvorstellungen in diesem Winter drei Opern, zwei Sinfonie-Konzerte, eine Operette und drei Schauspiele vorgesehen, die von den Städtischen Theatern in Leipzig und dem Stadt- und Gewandhaus-Orchester ausgeführt werden. Weitere Opern- und Schauspiel-Gastspiele sind als Außer-Anrechts-Vorstellungen geplant.

Politischer Anschlag oder Dummerjungenstreich.

Grimma. Als in der Nacht zum Mittwoch der Führer einer hiesigen politischen Partei mit Frau und Sohn von einer Versammlung heimkehrte, zerknallte auf der Muldenbrücke kurz vor dem Dornaer Weg ein Sprengkörper dicht bei den Gehenden. Ob es sich um einen Anschlag handelt oder ob die Täter der Betroffenen nur einen Schrecken einjagen wollten, steht noch nicht fest. Der Vorfall hätte leicht schlimme Folgen haben können, da die Frau des Führers herzleidend ist. In Betracht kommen zwei unbekannte Personen, die nach der Explosion nach dem Stadtwalde zu flüchteten.

Skelett unter den Dielen.

Cossa (Kr. Bitterfeld). Bei Ausschachtungsarbeiten auf dem Grundstück des Kaufmanns Rudolph, dessen Haus kürzlich abgebrannt ist, fand man unter den Dielen ein menschliches Skelett.

Loden-Mäntel
für
DAMEN UND HERREN
ab ..... Mk. 29.–
LODEN-FREY
Dresden - Johannstr. 12

Chemnitz, Zwickau, Plauen

Schwestern-Einführung.

Nachdem am Sonntag, den 25. September, die Weihe der neuen St. Josephskapelle im Schwesternheim, Schloßstraße 11, durch Erzpriester Rücker stattgefunden hatte, beging man am vergangenen Sonntag nachmittag 4 Uhr ebendaselbst in schlichter Feier die Einführung der Schwestern aus dem neugegründeten Klösterchen Nazareth in Goppeln bei Dresden. Vor einem kleinen Kreis geladener Gäste, dem katholischen Kirchenvorstand, sowie den Vorständen der katholischen Vereine, bewillkommnete Erzpriester Rücker in einer Festansprache die Schwestern freudig bei ihrem Einzuge in die Stadt Zwickau mit ihren rußgeschwärzten Straßen und Häusern in denen aber auch Menschen wohnen mit lichten, der Caritas zugänglichen Herzen. Er wünschte ihnen gottgesegnetes Wirken auf allen Gebieten, vor allem auf dem gerade in der gegenwärtigen Zeit weit umfassenden Gebiete der Wohlfahrts- und Krankenpflege. Engel der Caritas werden da gebraucht. Endlich sei die Gemeinde in der Lage, den Anfragen vom Wohlfahrtsamt und der Aerzte nach einer Schwester für eine dringend notwendige Nachtwache bei Kranken, die wiederholt an das Pfarramt gerichtet wurden, zu entsprechen. Ein frohes Gefühl, das alle Freunde der Kranken beglückte.

Landesverband für werktätige Erziehung.

Chemnitz. Der Landesverband Sachsen für werktätige Erziehung hielt am Donnerstag seine diesjährige Hauptversammlung in Chemnitz ab. Nach einer Begrüßungsansprache des 1. Vorsitzenden, Engelhardt-Dresden, brachte Prof. Dr. Bohn namens des Volksbildungsministeriums dessen Interesse für das Problem der werktätigen Erziehung zum Ausdruck und sicherte dem Verband die weitere Unterstützung seitens des Ministeriums zu. Im Mittelpunkt der Tagung stand ein Vortrag von Lehrer Fritz Winkler-Chemnitz über „Wie bringen wir den Werkunterricht über die Notzeit hinweg?" Trotz der gegenwärtigen Notzeit müsse die Schule den Kindern das schaffende Lernen ermöglichen; hierbei sei aber unbedingte Erfordernis, daß die Schule durch Bereitstellung öffentlicher Mittel unterstützt werde — Mit der Tagung war eine Werkunterricht-Ausstellung in den Räumen der Deutschen Oberschule verbunden.

Verurteilte Demonstranten.

Chemnitz. Das Schöffengericht verurteilte einen 26 Jahre alten Fleischer wegen Landfriedensbruchs zu vier und zwei weitere Angeklagte zu je drei Monaten Gefängnis. Sie hatten unmittelbar nach dem Erlaß des SA.-Verbots am 14. April d. J. an einer Demonstration vor dem Gebäude des sozialdemokratischen Organs in Chemnitz teilgenommen, wo es zu einem Zusammenstoß kam.

tz. **Chemnitz.** Ein Siebzigjähriger. Am Freitag begeht der Stadtrat Fabrikdirektor Ernst Burger in geistiger und körperlicher Frische seinen siebzigsten Geburtstag. Der Jubilar ist Mitglied der Industrie- und Handelskammer und Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes der Metallindustrie; auch gehört er dem Vorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller an.

1,5 Mill. Mark Bezirksumlagerückstände.

Zwickau, 6. Oktober. In der am Mittwochnachmittag abgehaltenen Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Zwickau teilte der seit der Versetzung des Amtshauptmanns Müller nach Chemnitz mit der Führung der Geschäfte beauftragte Amtshauptmann von Römer mit, daß die Gemeinden im Zwickauer Bezirk zur Zeit mit 1,5 Mill. Mark Bezirksumlage im Rückstand seien. Die Umlage sei allerdings mit 13 Mark pro Kopf der Bevölkerung viel zu hoch. — Der Ausschuß beschloß, das dem Bezirk gehörende Kinderheim Weißenburg in Thüringen wegen einer dort ausgebrochenen Scharlacherkrankung vorläufig zu schließen.

1½ Millionen Umlagerest.

Zwickau. Im Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Zwickau erklärte der neue Amtshauptmann von Römer, wann und ob die Zusammenlegung der beiden Amtshauptmannschaften Zwickau und Werdau komme, wisse man noch nicht (nach unserer Kenntnis wird sie Anfang nächsten Jahres durchgeführt werden). Die Finanzverhältnisse des Bezirksverbands seien außerordentlich trübe. Die Bezirksumlage sei mit 13 RM. jährlich auf den Kopf außerordentlich bedenklich. Noch bedenklicher aber sei die Tatsache, daß von den Bezirksgemeinden noch ein Umlagerest von 1½ Mill. RM. abzuführen sei. Leider habe der Bezirksverband keine Aufrechnungsmöglichkeiten gegenüber den Gemeinden.

tz. **Zwickau.** Ernennung. Amtsgerichtsdirektor Küntzel ist zum Landgerichtsdirektor und Amtsgerichtsrat Bär zum Vorstand der Strafabteilung des Amtsgerichts ernannt worden.

Keine Winterhilfe für Fürsorgeempfänger

Im Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Annaberg stand u. a. ein Antrag auf Sicherung des Winterbedarfs an Kohlen und Kartoffeln für die Fürsorgeempfänger zur Beratung. Der Ausschuß stellte sich dem Antrag zwar nicht ablehnend gegenüber, doch wurde einmütig zum Ausdruck gebracht, daß die trostlose Finanzlage der Gemeinden die Durchführung des Antrags keinesfalls zulasse. Amtshauptmann von Wirsing gab einen Ueberblick über die katastrophale Finanzlage des Bezirks und der Bezirksgemeinden. Die Schuldenlast des Bezirks sei bis Ende August auf 333 000 RM angewachsen. Bürgermeister Bauer-Neudorf teilte mit, daß in der Gemeinde Neudorf im September allein an Unterstützungen 19 800 RM ausgezahlt werden mußten, während nur 12 000 RM an Steuern eingingen.

Schwere Saalschlacht in Berlin

Berlin, 7. Oktober. Bei der ersten öffentlichen Wahlversammlung der DNVP in der „Neuen Welt" kam es zu einer schweren Saalschlacht. Schon zu Beginn der Versammlung bemerkte man eine sehr große Anzahl von Nationalsozialisten, die durch Zwischenrufe zu stören suchte. Nach Beginn der Ausführungen des Vizepräsidenten Graef rief ein Teilnehmer der Kundgebung: Hände aus den Taschen! Als der Leiter der Versammlung den Zwischenrufer feststellen lassen wollte, erhob sich ein allgemeiner Tumult. Es wurden von allen Seiten Stühle, Biergläser und Aschebecher sowie anderes Inventar in den Saal hineingeschleudert. Sofort entwickelte sich eine Schlägerei. Ein Teil der Versammlungsteilnehmer verließ fluchtartig den Raum. Von allen Seiten drang Schupo in den Saal und versuchte, unter Zuhilfenahme des Polizeiknüpples die Störenfriede zu entfernen. Im Saal fiel ein Schuß, der die Verwirrung noch steigerte. Mehrere Personen trugen erhebliche Verletzungen davon. Die Polizei setzte sofort alle verfügbaren Kräfte ein, um die Straße vor der „Neuen Welt" von den abziehenden Nationalsozialisten zu säubern.

SLUB
Wir führen Wissen.